





An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld Herrn Pit Clausen im Hause

9.3.2016

## Antrag zu TOP 4.3. der Ratssitzung am 10. 3. 2016

Sehr geehrter Herr Clausen,

zu TOP 4.3. der Ratssitzung machen wir folgenden Beschlussvorschlag:

## "Strategie Wohnungsbau Bielefeld 2020"

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt unter Nutzung der vorliegenden Informationen und Vorausberechnungen der Haushalts- und Bevölkerungsentwicklung eine eigenständige und begründete quantitative und qualitative Wohnraumbedarfsplanung für die nächsten 5 Jahre zu entwickeln.
- 2. Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Ministerium für Bauen, Wohnen Verkehr und Stadtentwicklung des Landes NRW Verhandlungen über ein Globalbudget zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus aufzunehmen.
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge und städtebauliche Konzepte zu entwickeln, wo neuer Wohnraum (sozialer Wohnungsbau, studentisches Wohnen, urbane Wohnformen, Mehrfamilienhäuser, Einfamilienhäuser) geschaffen werden kann.
  - Dabei sollen insbesondere folgende Eckpunkte berücksichtigt werden: Nutzung von vorhandenem Verdichtungspotential, Nähe zu vorhandenem bzw. geplantem schienengebundenem ÖPNV, Nähe zu vorhandener sozialer, Verkehrs- und Bildungsinfrastruktur, Beachtung des "Zielkonzepts Naturschutz" sowie die Berücksichtigung aller Stadtbezirke. Die durch den Abzug der Britischen Rheinarmee freiwerdenden Liegenschaften sollen in die Planungen einbezogen werden. Der Konversionsprozess soll proaktiv und ergebnisorientiert gestaltet werden.
- 4. Die Verwaltung wird gebeten, eine "AG Wohnraumbedarf" einzurichten. Diese soll sich mit der Bedarfsermittlung, mit der Suche von möglichen Standorten, mit der Formulierung von Qualitätsstandards für neue und bestehende Wohn-

quartiere sowie möglicher Bebauungsgebiete ebenso beschäftigen, wie mit der konkreten Schaffung zusätzlichen Wohnraums.

Daran sollen neben der Stadtverwaltung (Soziales, Planen/Bauen, Wohnraumförderung, Umwelt, Verkehr), die Wohnungsgesellschaften bzw. – genossenschaften, das Studierendenwerk sowie die Umweltverbände beteiligt werden.

5. Die Verwaltung wird gebeten, dem Rat erste Ergebnisse ihrer Arbeit im Herbst 2016 vorzulegen.

Begründung erfolgt mündlich!

Georg Fortmeier SPD-Ratsfraktion

Jens Julkowski-Keppler Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Michael Gugat Ratsgruppe Bürgernähe/PIRATEN